

mittendrin

Ausgabe 04 / 2012
Information des
Bezirksvorstandes
und der BVV-Fraktion
DIE LINKE Berlin-Mitte



»Bei uns kommt der Strom aus der Steckdose.« - Aber wer verdient daran?



Licht aus bei Vattenfall!

Aber der Berliner Energetisch braucht mehr Puste

Alle stöhnen, wenn eine neue Energierechnung auf den Tisch kommt. Wir füttern nimmersatte Raubtiere. Der Konzessionsvertrag zwischen dem Senat und dem Stromkonzern Vattenfall hat böse Macken. Er garantiert dem Aufsichtsrat fette Gewinne. Er garantiert den Verbrauchern aber weder eine ökologische noch eine soziale Verträglichkeit. Der einzige Vorteil dieses Vertrages ist, dass er Ende 2014 ausläuft. Deshalb konstituierte sich im Sommer vorigen Jahres der ENERGIETISCH. Das erinnert an jene Zeit, als Runde Tische große Macht hatten. Hier sind nun vereint die Grüne Liga, attac, der BUND und 23 weitere Organisationen. Deren Ziele sind:

- ▶ Über 20.000 Unterschriften für ein Volksbegehren.
- ▶ Dann 172 000 Unterzeichner bei einem Volksentscheid.

Ziel:

- ▶ Daseinsvorsorge gehört in öffentliche Hand.
- ▶ Berlin soll mit Ökostrom versorgt werden.
- ▶ Das erwirtschaftete Geld soll in Berlin bleiben.
- ▶ Die Einwohner sprechen mit in den Kontrollgremien.
- ▶ Statt der Geheimverträge soll Transparenz gelten.

So wird die Energiewende sozial und effizient gestaltet. Unsere Stadtwerke opfern Klimaschutz nicht dem Profit.

Das Volksbegehren läuft. Nun dürfen wir nicht davonlaufen, wenn Unterschriften gesammelt werden. Es geht um unser Geld und unsere Zukunft. Die Übernahme des Versorgungsnetzes kann 400 Millionen Euro kosten. Vattenfall pokert um zwei bis drei Milliarden Euro. Der Senat zaudert. In Berlin wirken auch andere Anbieter, aber keine Berliner. Fremde Interessengruppen werden uns immer wieder das Fell über die Ohren ziehen. Der stadteigene Strom wird auch nicht gleich der billigste sein, aber der nützlichste für die Berliner. Den Einkommensschwachen soll geholfen werden. Die Besserverdiener können Anteile erwerben. In vielen Regionen wird das vorgemacht. Im Osten war das mal selbstverständlich. Dann wurde das Huhn, das »goldene Eier« legt, verkauft. Das war kurzichtig! Lasst uns die Weichen in eine berechenbare Zukunft stellen!

Frank Freier

1. Mai 2012 Demonstration des Deutschen Gewerkschaftsbundes

- ▶ 10 Uhr vor dem DGB-Haus am Hackeschen Markt
- ▶ 12 Uhr Kundgebung am Brandenburger Tor
- ▶ 14 Uhr Fest auf dem Mariannenplatz

DIE LINKE.

Bezirksverband Mitte

Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin
Tel.: 030 / 240 09-336, Fax -337
Mo. bis Mi. 9-16.30 Uhr,
Do. bis 19 Uhr, Fr. bis 14.30 Uhr

Bürgerinnen und Bürger können das Bezirksamt und die Bezirksverordneten zu Beginn jeder BVV-Sitzung befragen. Auch dieses Mal hatten zwei Bürger diese Möglichkeit genutzt.

Das Prozedere ist für Internetnutzer ganz einfach – das entsprechende Formular auf der BVV-Internetseite aufrufen, ausfüllen und absenden. Aber man kann natürlich auch die schriftlich einzureichenden Fragen faxen oder mit der Post senden. Abgabeschluss ist der Montag in der BVV-Sitzungswoche bis 10 Uhr. Diesen ziemlich langen Zeitraum brauchen Bezirksamt und Bezirksverordnete für die notwendigen Recherchen, denn die Bürgeranfragen sind häufig sehr speziell und betreffen vielfältige Bereiche. Die Anfragen werden allerdings nur beantwortet, wenn der oder die Fragesteller/in zur Sitzung anwesend ist.

In der letzten Beratung kam nur einer der fragenden Bürger wegen der Abwesenheit des anderen zum Zuge. Dessen Fragen bezogen

Bericht aus der BVV

Bürgeranfragen

sich darauf, wann die Barrierefreiheit am U-Bahnhof Hansaplatz erreicht werden wird, ob dabei neben dem Einbau eines Fahrstuhls auch andere Behinderungen, z.B. für Blinde und Sehschwache, berücksichtigt werden und ob bei den notwendigen Bauarbeiten nicht gleich eine Neugestaltung der Grünfläche vor dem U-Bahneingang mitgeplant werden könnte. Von der BVG gibt es dazu noch wenig konkrete Planungen. Bis 2020 sollen alle U-Bahnhöfe mit Fahrstühlen ausgestattet sein. Beim Hansaplatz sieht die vorläufige Planung 2016 vor. Da die Grünfläche nicht zum Bezirksamt gehört, sind Planungsaussagen schwierig. Sven Diedrich, unser stadtpolitischer Sprecher, lud den Bürger in eine der nächsten Bauausschusssitzungen ein, um dessen Fragen ausführlicher und nicht unter Zeitdruck (jeder Redner hat nur 3 Minuten) zu beraten. Bauplanungen bestimmten wie immer auch den Inhalt vieler Anfragen aus den Reihen der Bezirksverordneten.

Was wird mit dem Olof-Palme-Jugendzentrum in der Demminer Straße? Wird es grundsaniiert, wie ehemals geplant, oder laut neuem Baugutachten kostengünstiger

abgerissen und neu gebaut? Die Entscheidung darüber ist noch nicht gefallen. Bis 2014 wollen die Kinder- und Jugendlichen aber wieder zurück in ihr Haus. Offen ist auch die Lösung für das Jugendprojekt MÄDEA. Die bezirkseigene Liegenschaft Badstraße 10 wird an den Liegenschaftsfond abgegeben. Ob die Umbaumaßnahmen im Ausweichobjekt und die Umzugpläne unter den Bestimmungen der vorläufigen Haushaltswirtschaft eingehalten werden, fragte die Linksfraktion. Ja, der Haushaltsplan bzw. der vom Bezirksamt immer noch nicht vorgelegte Planentwurf war wieder Anlass zu einer heftigen Debatte. Die Zählgemeinschaft aus CDU und SPD hatte einen Antrag eingebracht, der die Zeit für die BVV zur Haushaltsberatung noch einmal massiv einkürzte. Grund sind die Drohungen aus dem Abgeordnetenhaus mit finanziellen Sanktionen, weil der Plan nicht fristgemäß eingereicht wurde. Die Verordneten sollen jetzt ausbaden, was das Bezirksamt verbockt hat. Bezirksbürgermeister Dr. Hanke (SPD), seit der neuen Legislatur auch Finanzstadtrat, wurde für seine politische und organisatorische Missführung zu Recht scharf kritisiert.

Elke Reuter

Ergebnisse der BVV

► **Anfragen u.a.:**

- Wie viele Zwangsumzüge wurden 2011 im Bezirk Mitte insgesamt angeordnet und wie viele Familien mit Kindern waren davon betroffen? Welche Sonder- bzw. Härtefallregelungen können insbesondere Familien mit Kindern geltend machen? Welche Regelungen wurden mit dem Jobcenter verabredet, um das Jugendamt im Sinne der Sicherung des Kindeswohls einzubeziehen? *DIE LINKE (0220/IVI)*

- Wie lange müssen sich BewohnerInnen und BesucherInnen der Innenstadt noch über den unansehnlichen Zustand der Baustelleneinrichtung am U-Bhf Jannowitzbrücke (nördlicher Vorplatz Alexanderstraße/Holzmarktstraße) ärgern? Wie lange müssen BürgerInnen, die auf solche Missstände aufmerksam machen, auf eine Antwort des Bezirksamtes warten? *DIE LINKE (0260/IVI)*

► **Beschlossen u.a.:**

Das BA wird ersucht, seine Planungen für den Bau eines Außenbeckens am Standort Seydlitzbad schnellstmöglich wieder aufzunehmen und mit der Senatsverwaltung die notwendigen Vorbereitungen zur Umsetzung zu treffen. Gegebenenfalls soll sich das Bezirksamt gegenüber der Senatsverwaltung dafür einsetzen, dass das Projekt in das Förderprogramm 2013 aufgenommen wird. Unverzüglich sollen Gespräche mit dem Vorsitzenden des neuen Aufsichtsrates der Berliner Bäder-Betriebe (BBB), Senator Frank Henkel, aufgenommen werden, um den Betrieb des Außenbeckens durch die BBB zu vereinbaren. Die BVV ist über die Gespräche kontinuierlich zu informieren. Eine Entscheidung über eine Risikominimierung bedarf einer Beschlussfassung durch die BVV. *LINKE, Grüne (0232/IV)*

Inklusion macht Denkpause

In Mitte lernen fast 1.300 Schüler/-innen mit sonderpädagogischem Förderbedarf. Unsere Schulen haben sich darauf eingestellt. Zwei von drei der betroffenen Kinder werden integrativ unterrichtet. Nur ca. ein Drittel besucht ein sonderpädagogisches Förderzentrum. Das ist Spitze in Berlin. Es spricht für unsere Schulen und die Pädagog/-innen, die sich dieser Aufgabe stellen, oftmals unter schwierigen Bedingungen.

Am 20. März 2012 fand eine Fraktions-sitzung statt, in der wir uns mit dem Thema Inklusion auseinander gesetzt haben. Frau Susanne Kriegel-Wethkamp, zuständige Schulleiterin und Lothar Sack, ehemaliger Schulleiter und Bundesvorsitzender der gemeinnützigen Gesellschaft Gesamtschule e.V., erläuterten die Herausforderungen, vor denen wir stehen. Erst wenn sich die Schule auf den individuellen Förderbedarf eines jeden Kindes einstellt und nicht umgekehrt, kann man von einer inklusiven Beschulung sprechen. Der damalige SPD-Senator Prof. Dr. Zöllner hat vor einem Jahr ein Inklusionskonzept für Berlins Schulen vorgelegt. Er bekam dafür viel Kritik, vor allem, weil es »kostenneutral« realisiert werden sollte. D.h., die Aus- und Weiterbildung von

pädagogischem Personal, die Bereitstellung der Helfer/-innen und letztlich der barrierefreie Umbau der Schulgebäude sollen aus dem laufenden Etat finanziert werden.

Die Koalition von SPD und CDU hat ebenfalls »eine Deckelung des Gesamtsystems der sonderpädagogischen Förderung« verabredet. Doch das funktioniert nicht. Nun hat die neue Bildungssenatorin sich und dem Senat eine Denkpause verordnet. Das Konzept soll binnen eines Jahres überarbeitet werden.

So sehr dies zu begrüßen ist, so klar ist auch, dass wir nicht warten können. Der Rechtsanspruch besteht hier und jetzt. Der Schulentwicklungsplan muss schnellstens überarbeitet werden – gemeinsam mit den Betroffenen. Ein Stufenplan zur Umsetzung muss entwickelt und ein Finanzierungsplan aufgestellt werden. Da werden die 1 Million Euro für alle Berliner Schulen, die im Haushaltsplan des Senats für 2013 eingestellt sind, nicht reichen.

DIE LINKE fordert eine bedarfsgerechte Ausstattung der Schulen und eine konsequente Umsetzung des Rechtsanspruchs auf integrative Beschulung im Schulgesetz. Ein entsprechender Antrag der LINKEN liegt dem Abgeordnetenhaus vor. **Petra Schrader**

Konzernbosse fragen sich unruhig:

Was will die Kommune eigentlich?

Da melden sich fast täglich neue Bürgerinitiativen. Runde Tische werden aufgestellt für immer neue Themen. Berlin hat einen Wassertisch, jetzt auch einen Energietisch. Was ist da in Mode gekommen?

Immer mehr Menschen machen sich Sorgen, sind beunruhigt über Entscheidungen, die über ihren Kopf hinweg gefällt werden, begehren auf gegen Vorhaben, die ihren Alltag bedrängen, ihre Zukunft unsicher machen. Sicher – das sind oftmals lokale Ärgernisse, hier ein beschädigter Gehweg, da ein schmutzdeliger Spielplatz oder ein verlotterter Park.

Aber häufiger geht es um Größeres

Zum Beispiel um den öffentlichen Nahverkehr, um die Wasserversorgung, die Müllbeseitigung, die Versorgung mit Strom und Gas, und nicht selten um Bauvorhaben, die viele Millionen Steuern verschlingen – siehe Stuttgart 21. Oder die A 100 in Berlin. Der gemeinsame Grundgedanke: Mündige Bürgerinnen und Bürger fühlen sich von den Regierenden und ihren beamteten Verwaltern immer weniger vertreten. Sie trauen den ständig zitierten »Sachzwängen« nicht mehr. Es ist billig, das schlicht abzutun als »Politikverdrossenheit«. Wählerinnen und Wähler wollen über ihre Lebenswelt selbst entscheiden können. Keineswegs zufällig trifft der Zorn vor allem Einrichtungen der öffentlichen Daseinsvorsorge. An denen haben kapitalstarke Gesellschaften nahezu monopolartige Besitzrechte, die sie möglichst erweitern wollen.

Warum sind die so scharf auf Wasser, Strom und solche Sachen?

Ganz einfach: die werfen gute und sichere Rendite ab, manche sogar mit staatlicher Garantie! Diese Güter sind ja unverzichtbare Lebensmittel. Wenn man so will: Waren des täglichen Bedarfs. Die braucht jedermann

zum Leben. Keine Gesellschaft kann es sich leisten, diese Grundbedürfnisse für Millionen Menschen unbezahlbar werden zu lassen. Also springt notfalls der Staat ein. Mit Steuergeldern, womit denn sonst. Da dürfen die privaten Eigentümer ruhig mal die Preisspirale kreiseln lassen. Und das tun sie ja auch. Deshalb fordert DIE LINKE:

Grundversorgung gehört nicht in private Hände

Die wichtigsten Versorgungsbetriebe müssen (wieder) städtisches Eigentum werden. Wasser, Energie, Abfallentsorgung, Gesundheitsfürsorge, Nahverkehr – das sind wichtige Felder. Auch ein gehöriger Anteil am Wohnungsbestand ist erforderlich, der Mietpreise in der Stadt mitbestimmen kann. Starkes kommunales Eigentum böte den Bürgern einige Sicherheit für angemessene und bezahlbare Gebühren und Mieten. Mehr als 900 Städte und Gemeinden haben für diese Aufgaben Stadtwerke gegründet. Allein in den letzten Monaten sind in 50 Städten Neugründungen erfolgt.

Da werden freilich keine Wunder gebacken. Auch Stadtwerke müssen ja ihre Mitarbeiter bezahlen, und zwar zu ordentlichen Tarifen. Und auch sie müssen Reserven bilden für notwendige Instandhaltung, für Investitionen, für Modernisierung etc. Aber sie müssen nicht außerdem um jeden Preis hohe Gewinne eintreiben, um saftige Renditen für Aktieninhaber zu erwirtschaften.

Volksabstimmungen verschaffen Wählerwillen Gesetzeskraft

Das Grundgesetz legt fest, dass der Wille der Bürger in Wahlen und Abstimmungen Ausdruck findet. Bundesgesetz bestimmt, wie der Bundestag gewählt wird. Für Abstimmungen aber gibt es kein Bundesgesetz. Sind sie als bundesweite Willensbekundung nicht erwünscht? So hat jedes Bundesland seine eigene Regelung, nicht selten mit sehr hohen Hürden: Viele tausend Wahlberechtigte müssen vorher per Unterschrift eine solche Abstimmung verlangen. In Berlin hatte die rote Koalition die notwendige Stimmenzahl dafür wirksam herabgesetzt. Initiativen und Tische nutzen dies jetzt – ein praktischer Schritt zu mehr direkter Demokratie.

Heinz Grote



Guter Rat für Bürger!

Sozial- und Mieterberatung

der Linksfraktion in der BVV und des Bezirksvorstandes der Partei DIE LINKE.

mit Rechtsanwalt André Roesener:

- An jedem ersten Mittwoch des Monats von 17 bis 19 Uhr im Nachbarschaftszentrum »Bürger für Bürger« der Volkssolidarität, Brunnenstr. 145, 10115 Berlin und an jedem letzten Mittwoch des Monats im Rathaus Tiergarten, Kleiner Saal im Erdgeschoss, 10551 Berlin, statt.

Termine im LinksTreff, Malplaquetstr. 12, 13347 Berlin, Tel.: 28705751

- Jeden Mittwoch im Monat: kostenlose Beratung zu **Sozialrecht (Hartz IV)** sowie **Familien-, Miet- und Arbeitsrecht** durch die Rechtsanwälte Karl Schwarz, Michael Groß und Herbert Butter von 17 bis 19 Uhr (keine Anmeldung erforderlich)

DIE LINKE – BVV-Fraktion Berlin-Mitte

Die Sprechzeiten im Fraktionsbüro finden Dienstag von 17–18 Uhr und am 3. Mittwoch von 10 – 11.30 Uhr, im Rathaus Mitte, Karl-Marx-Allee 31, 10178 Berlin, Raum 114 statt. Telefon: 9 01 82 45 65

Gebäude in Mitte

Das Zuckermuseum im Wedding

»Damenlabor« im süßesten Museum Berlins wird umgebaut



Das ehemalige »Damenlabor« des früheren Instituts für Zuckerindustrie in der Amrumer Str. 32 soll in diesem Jahr mit historischen Geräten wieder eingerichtet und als Museumslabor für die Besucher geöffnet werden. Das »Damenlabor« galt Anfang des 20. Jahrhunderts als Pionierleistung, denn hier gab es erstmals einen »Kursus zur Ausbildung von Damen als Zuckerfabrik-Chemikerinnen«.

Das weltweit einzigartige Zuckermuseum existiert schon seit 1904 in den Räumen des Instituts. Jetzt erhält es zusätzlich das Labor, in dem Produktionsverfahren

erforscht wurden. Noch heute werden in dem Gebäude Studierende der Technischen Universität zu Lebensmittelchemikern ausgebildet. Bis vor eineinhalb Jahren haben sie ihre Analysen und Experimente im historischen Damenlabor gemacht. Für die Besucher des Zuckermuseums wird auf 450 Quadratmetern die Kultur- und Wirtschaftsgeschichte des Zuckers erzählt.

Berlin schreibt 1747 Zuckergeschichte

Der Berliner Apotheker Andreas Marggraf entdeckte 1747 den Zucker in der Runkelrübe.

Vom Luxusgut bis zu seiner Verbreitung als Lebensmittel für alle Schichten nach 1850 geht die rasante Entwicklung des Rübenzuckers, die einen Schwerpunkt der Ausstellung bildet. Die Anfänge zeigen z.B. Marggrafs Schüler Franz Carl Achard, der durch fast 20-jährige gezielte Züchtung den Zuckergehalt der Runkelrübe steigert, bis er die ersten Zuckerrüben in den Händen hält.

Kolonialzucker als Geschichte der Sklaverei

Vor der Geschichte des Rübenzuckers liegt allerdings die des Rohrzuckers. Die Bereitstellung des Kolonialzuckers für Europa wurde zwischen 1500 und 1850 durch Sklavenarbeit auf den Plantagen in Übersee realisiert. Fast alle europäischen Länder waren am Geschäft mit dem Zucker und der Ware Mensch beteiligt. In der gesamten Zeit des afrikanischen Sklavenhandels wurden etwa 20 Millionen Afrikaner aus ihrer Heimat in die Kolonien der »Neuen Welt« verschleppt.

»Hinter Schloss und Silber«

Unter diesem Namen wird im August eine Sonderausstellung zur Zuckerzeremonie vom 17. Jahrhundert bis heute eröffnet. Es soll die weltweit bedeutendste Zuckergerätesammlung aus Silber werden: Dosen, Schalen, Streuer, Streulöffel, Zangen und Scheren: Alles für den Zucker.

Rainer Scholz

Bei anderen gelesen

► Neue Pläne für das Rathausforum

Der Senat will das Rathausforum bebauen. Der unbebaute Raum rund um den Neptunbrunnen hat keine Zukunft mehr, die Freifläche wird dicht gemacht. Für das große Areal zwischen rotem Rathaus und Marienkirche, Fernsehturm und Spree ist eine Umgestaltung der Freifläche hin zu einer Bebauung geplant. Der Neptunbrunnen könnte dem im Wege stehen. »taz«, 14.02.2012

► Verkauf des Berliner Tafelsilbers

Das Land verkauft landeseigenes Bauland für den Wohnungsbau und Objekte in attraktiver Lage mitten in der City: das Bauland am Humboldthafen liegt in der Invalidenstraße gegenüber dem Hamburger Bahnhof, Wohnen am Petriplatz: das Grundstück in der Gertraudenstraße gilt neben dem Nikolai Viertel als Wiege Berlins, fünf Baufelder in der Otto-Braun-Straße, wo das Haus der Statistik noch steht, für den Bau von 400 Wohnungen.

»Der Tagesspiegel«, 18.02.2012

► Die historischen Gaslaternen – düster, aber schön

Sie sind leuchtende Beispiele für die Geschichte Berlins, geben aber nicht allzu viel Licht ab. Sie blenden nicht und sorgen für schöne Stimmung. Der Senat will die rund 40 000 Gasleuchten aus Kostengründen durch elektrisch betriebene ersetzen. Berlin besitzt europaweit das größte zusammenhängende gasbeleuchtete Gebiet mit unterschiedlichen Lampenformen, die ebenso zum Stadtbild gehören wie die Architektur. Freunde der hiesigen Gasleuchten appellieren an den Senat, die Gaslaternen zu erhalten.

»Neues Deutschland«, 4./5.02.2012

► Verfassungsschutz überflüssig oder gefährlich

Wenn der Verfassungsschutz nichts gewusst hat von den rechtsextremen Mördern, ist er überflüssig, wenn er es geahnt hat, aber nichts getan, dann ist er gefährlich.

»Süddeutsche Zeitung« Heribert Prantl – bei »Günther Jauch ARD«, 29.01.2012 »Disput« Februar 2012-02-19

► Widerstand soll kriminalisiert werden

Blick in Partei und Medien: Der Spiegel veröffentlichte einen Beleg dafür, in welchem

Umfang der Verfassungsschutz DIE LINKE bespitzelt. Im Visier der Ermittler sind nicht einige radikale Umstürzler, nicht einige wenige Maoisten oder Trotzlisten – mittlerweile steht die gesamte Führung der Linkspartei offenbar unter Generalverdacht, unsere Demokratie abschaffen zu wollen.

Frank Capellan »Hauptstadtstudie Deutschlandfunk«, 23.01.2012

Der Verfassungsschutz hat offensichtlich ein Händchen dafür, sich selbst zu schaden, setzt sich unnötig dem Vorwurf aus, er ermittle nicht aus Sorge um das Grundgesetz, sondern eher aus parteipolitischen Motiven heraus. Damit erreicht er das Gegenteil, schadet sich und seinem Auftrag und gibt der Linkspartei einen neuen Grund zum Zusammenhalt. »Financial Times«, 24.01.2012

Im Fall der Linkspartei ist das Lichtlein Heinz Fromm, der Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz. Er hat geschafft, worum sich Gregor Gysi und Oskar Lafontaine und andere seit Monaten vergeblich mühten: Fromm eint die Linke wie lange nicht mehr.

»Mitteldeutsche Zeitung«, Bernhard Honnigfort, 25.01.2012 »Disput«, Februar 2012

Menschen in Mitte

Timothy Grossman: Chef im spannendsten Kino Berlins

Für das spannendste Kino in der interessantesten Stadt der Welt hält Timothy Grossman das »Babylon« am Rosa-Luxemburg-Platz.

»Wo sonst noch werden jedes Jahr mehr als 1000 unterschiedlichste Filme gezeigt, mindestens vier pro Tag. Nirgendwo anders finden so viele Filmpremieren, Festivals sowie kulturelle oder politische Initiativen statt«, weiß der studierte Filmdramaturg, der seit 2005 zusammen mit Tobias Hacke Geschäftsführer des außergewöhnlichen Filmtheaters ist, sofort zu begründen. »Wir sind kein Medienhaus im ureigensten Sinne, kein Durchschnitts-Lichtspieltheater. Unser Haus ist mit seinen zwei Sälen und seinen Etablissements vielmehr ein sozialer Ort, eine Begegnungsstätte, wo jeden Tag 300 bis 500 Besucher gemeinsam Filmwerke ihres Geschmacks sehen, aber auch zu Festen, Lesungen, Konzerten, Diskussionen zusammenkommen«.

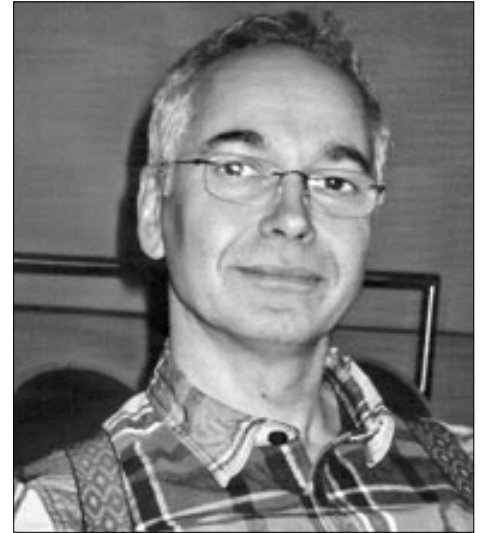
In dem 1929 gegenüber der Volksbühne errichteten markanten denkmalgeschützten Bauwerk ist viel Platz für Ideen, für die unterschiedlichsten Bekenntnisse und Lebensstile. »Bei uns laden die Naumann- oder die Böllstiftung zu Konferenzen ein. Die schon traditionellen Linken Kinonächte haben immer mehr Zustrom, aber auch das Berlin-Projekt der evangelischen Kirche, das jeden Sonntag meist junge Leute zum etwas anderen Gottesdienst empfängt. Angela Merkel

kam zu uns zu einem CDU-Parteitag, aber auch die Bundespräsidentenkandidatin Beate Klarsfeld zu einer großen Gesprächsrunde.«

Timothy Grossman, 1962 unweit von hier geboren und am Strausberger Platz aufgewachsen, ist stolz darauf, dass wohl kein Kino ein so breitgefächertes ständiges Angebot für so viele Interessen und Vorlieben hat: sonntags sitzen Liebhaber des italienischen Films aller Zeiten vor der Leinwand des kleinen Saals, montags die des spanischen, dienstags des französischen. Freunde des Neuen Deutschen Films kommen genauso wöchentlich auf ihre Kosten wie die des schrägen oder des Stummfilms. Jeden Mittwochvormittag kann die ganze Familie samt Kinderwagen im großen Saal lustige Streifen sehen.

»Ich will Ernst Lubitsch in die Mitte Berlins zurückholen«

Der zweifache Vater kann sich keine reizvolle Arbeit vorstellen, auch wenn sie ihn täglich rund zwölf Stunden in Anspruch nimmt: das Programmangebot langfristig vorbereiten, mit Partnern verhandeln, die tausend kleinen Dinge regeln, aber vor allem vierteljährlich immer wieder die öffentlichen Fördermittel beim Senat beantragen. »Denn wir sind ein kommunales Kino, das nicht Teil der mächtigen Ketten mit dominierender Vermarktung ist. Wir müssen mit unserer eigenen Art mit dem Konkurrenzdruck fertig werden.«



Timothy Grossman: »Unser Kino ist eine soziale Begegnungsstätte.«

Zu seinen schönsten Momenten gehört, »wenn der ganze Saal lacht«, bekennt der Freund von Filmkomödien. Aber auch wenn er berühmte Filmstars wie Bud Spencer, Pierre Brice oder Geraldine Chaplin zu Sondervorstellungen begrüßen kann. Und er hat einen Traum: »Ich will den für mich größten Filmregisseur Ernst Lubitsch, der vor 120 Jahren in der Mitte Berlins geboren wurde und bis zu seiner Übersiedlung nach Hollywood hier lebte, zu uns zurückholen.« Mit einer umfassenden Retrospektive und dem Umbau des »Babylon«-Cafes, das den Namen des heute noch bekanntesten Streifens des Oscar-Preisträgers »To be or not to be« bekommen soll. Bei Timothy Grossman ist die Filmkunst für jedermann in den besten Händen.

Matthias Herold

Kurzmeldungen

► 890 neue Wohnungen für Mitte

Wohnungen sind rar in Berlin und deshalb oft teuer. Der Senat will gegensteuern und bewilligte Bau-Anträge für 7.358 Wohnungen. Drei Viertel davon werden Neubauten sein, ein Viertel entsteht in vorhandenen Gebäuden, z.B. durch Dachausbau. Fast die Hälfte dieser Wohnungen sollen in Pankow, Kreuzberg-Friedrichshain und Mitte gebaut werden. Mitte ist mit 890 neuen Wohnungen dabei. Die Wohnungssuchenden wird's freuen. Wenn sie die Neuen bezahlen können ...

► Zur Humboldt-Uni ohne Abi

An Berlins Hochschulen melden sich zunehmend Studienbewerber ohne Abitur. Mit der Novellierung des Berliner Hochschulgesetzes 2011 gehört die Hauptstadt bundesweit zu den liberalsten Ländern. Nach Ausbildung

und beruflicher Praxis konnten sich schon bisher Interessenten für ein fachgebundenes Studium bewerben. Jetzt ist es möglich, nach einer entsprechenden Fortbildung auch andere Fächer zu wählen. Die Humboldt-Uni hat 226 abiturlose Studenten, an der TU sind es 93 und die FU hat 70 immatrikuliert. »Die Studenten sind oft sehr fleißig, motiviert und stehen mit beiden Beinen im Leben,« sagt Steffan Baron, Leiter der Studienabteilung der HU.

► Wowereit grollt Mitte

Es gibt immer wieder Streit um Großveranstaltungen im Tiergarten und vor dem Brandenburger Tor. »Das wird als Belästigung empfunden in den Rathäusern und Behörden,« schimpfte der Regierende. Man könne sich nicht erlauben, »Veranstaltungen nur wegen der Bequemlichkeit« nicht zu genehmigen. Berlin brauche diese Werbung für den Tourismus, der 230.000 Arbeitsplätze sichere.

Dem ist kaum zu widersprechen. Könnte es sein, dass sich Mitte wegen der Folgekosten solcher »Events« so spröde zeigt?

► Neues vom Exportweltmeister

Dass Frauen miserabler entlohnt werden als Männer, ist weltweit Alltag. Eine Studie der OECD, zu der die 34 industriell am besten entwickelten Länder zählen, hat einen Durchschnitt von 16 Prozent Minderbezahlung für vollzeitbeschäftigte Frauen ermittelt. Aber es gibt immerhin Unterschiede. Für die Norwegerinnen beträgt der Abstand zu den Männerlöhnen 8,4 Prozent, für die Belgierinnen 8,9 Prozent. Für den schäbigsten Wert aller europäischen Staaten steht das reichste Land. Bei uns bekommen Frauen bei Vollzeitbeschäftigung 21,6 Prozent weniger Geld als ihre männlichen Kollegen.

Süßes im Kiez

Irene Runges Spaziergang

In der Tucholskystraße gibt es seit einigen Monaten die, oder korrekter gesagt: den Princess Cheesecake Berlin. So nennt sich eine Konditorei, deren Käsekuchen wahre Kunstwerke sind.

Sie stehen hochgewachsen und festlich geschmückt zum Verzehr bereit, zergehen ohne den andernorts oft zu festen Teigboden auf der Zunge. Das sind wirklich die feinsten, saisonal handgefertigten Kuchenkreationen der Gegend. Der Konditor freut sich, wenn man ihm durch die Glaswand winkt.

Endlich hält das edle Konditorgewerbe einen Einzug in Mitte. Dem wunderbaren, seit zehn Jahren kuchenerproben »Barcomi«, das räumlich erweitert in den Durchgangshöfen zwischen Sophien- und Gipsstraße versteckt liegt, kann heftige Konkurrenz nichts anhaben. Der Trend zum handgefertigten Kuchen

ist auch in der Auguststraße schmeckbar, das »Victoria« wirbt damit, nicht zu verachten die Angebote im KW und der »Collection Me«, wo Kuchen der Kunst entspricht. Im »The Barn« am Koppenplatz war der Chef anfangs sein eigener Konditor, bei Schneiders's Schokoladen in der Ackerstraße ist es noch immer so. Über die Torstraße hinweg lässt die Kaffeerösterei italienisches Gebäck anfahren, während in der Elisabethkirchstraße im »Solvey« die Wirtin aus Rügen sich den Traum erfüllt, nach Rezepten ihrer Dresdner Großmutter das tägliche Angebot zu backen.

Nach langer gründlicher Handwerksarbeit steht das Ost-West-Café auf der westöstlichen Seite der Brunnenstraße, direkt an der Bernauer, in den Startlöchern, um die Palette süßer Versuchungen zu erweitern. Drei Brüder, im dortigen Kiez durch

ausgezeichnetes soziokulturelles Engagement bekannt, haben den Eckladen im Zeichen der gewesenen Mauer gestaltet. Sie wollen mit dem für westliche, östliche und touristische Kundschaft gedachten Treffpunkt nur einen Steinwurf von der boomenden alten Mitte entfernt den Wedding anders als bekannt repräsentieren. Ihre Philosophie setzt nicht auf elegante Torten, sondern auf gute, auch orientalisch süße und salzige Speisen, Ausstellungen und eine dem Ort gemäße Debattenkultur.

The proof of the pudding lies in the eating, sagt man auf Englisch, die Güte des Puddings erweist sich, wenn er gegessen wird. Das gilt auch für das noch nicht Vorhandene. Bauarbeiter haben mir verraten, dass sie den leer stehenden Laden im Untergeschoss des DDR-Baus Große Hamburger-, Ecke Gipsstraße in eine türkische Bäckerei mit Restaurant verwandeln. Der Schmecktest wird hoffentlich bald möglich sein und das Milieu bereichern. □



»THE SWAG PACK – LIVE HIP HOP SESSION« – jeden Dienstag im ACUD, Veteranenstr. 21

Grenzen überschreiten

Jeden Dienstag kann man im ACUD dasselbe erleben. Unglaublich viele Menschen stehen auf der Bühne und bringen das Publikum zum Tanzen. Sie kommen überall her. Sie lieben ihre Musik und das Einzige, was sie interessiert, ist, den Menschen ein gutes Gefühl zu geben.

Wenn man den Raum betritt, ist man irritiert von dem, was sich einem bietet. Eine kleine Bühne. Der Raum ist halbvoll. Doch

sobald die ersten Klänge ertönen, bewegt sich die Menge in Richtung der Musik. In mir entsteht das Gefühl, dazu zu gehören und es bleibt die ganze Nacht. Die Musiker erfinden immer neue Sounds und das Publikum nimmt sie auf, als hätten sie nie etwas Anderes gehört. Die Musik wechselt ständig ihre Seiten, ob romantisch oder dreckig, nichts scheint der Band fremd, kaum etwas kann sie aufhalten. Jeder, den diese Welle erfasst, darf

on stage seinen Beitrag zu dem wundervollen Abend leisten. Man kann mittanzen, mitsingen, mitrappen, Trompete spielen oder was immer einem sonst noch einfällt. Alles, was man braucht, ist die Liebe zur Musik und ein Herz für neue Klänge. Die Sprache spielt dabei absolut keine Rolle. Portugiesisch, Französisch, Englisch, Deutsch. Alles ist möglich. Wunderschöne Frauen entfalten ihre Stimme in einem verrauchten Raum und die Band verliert doch niemals ihren eigenen Klang und entfaltet sich mit jedem neuen Künstler ein wenig mehr. An diesem kleinen Ort gegenüber vom Weinbergspark wird zurück zu den Wurzeln der Musik gegangen. Es ist ein Mix aus HipHop, Soul, Jazz und alten Popsongs, der diesen Abend so einzigartig macht und der sich jeden Dienstag wiederholen lässt. Die Stimmung ist schwer einzufangen. Sie ist friedlich und doch dynamisch, sich nach vorn bewegend. Alles konzentriert sich auf die kleine Bühne, auf der junge Menschen stehen, die wollen, dass man sie hört. Hier kann man für einen Moment loslassen und genießen. Alles, was man dazu braucht, ist ein offenes Gehör und 3,- bis 5,- Euro in der Tasche und man erlebt in der Stadt der Unmöglichkeiten einen kleinen Geheimtipp. Es ist mitten in der Woche und doch ist das ACUD gut gefüllt. Also heißt das "Swag Pack" herzlich willkommen und genießt die Zeit, die ihr mit ihnen haben werdet. Eine Bitte bliebe noch: "Tell your friends." Bis zum nächsten Dienstag.

Irene Freikamp

Die SPD vergisst was sie fordert: Den Spitzensteuersatz erhöhen!

Berlin steckt- das ist nun wirklich ein alter Hut- finanziell in der Klemme. Im Doppelhaushalt 2012/2013, der momentan vom Abgeordnetenhaus diskutiert wird, geht es vor allem darum, wo am Besten gespart werden kann. Einig sind sich sicher alle Parlamentarierinnen und Parlamentarier, dass man auch die Einnahmen des Landes Berlin verbessern muss, um langfristig die Situation Berlins zu verbessern. Da hört die Einigkeit aber auch schon auf.

DIE LINKE spricht sich schon lange für eine Erhöhung des Spitzensteuersatzes bei

der Einkommensteuer aus. Auch die SPD hat auf ihrem Bundesparteitag Ende 2011 eine Erhöhung des Spitzensteuersatzes von 42 Prozent auf 49 Prozent gefordert. Ein Spitzensteuersatz in dieser Höhe ist keine große Neuerung, bestand dieser doch schon unter Schwarz-Gelb in den 90-er Jahren und wurde erst von Rot-Grün unter Kanzler Schröder auf 42 Prozent gesenkt.

Nun gab es im Bundesrat, angeschoben von den Ländern Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg, Brandenburg, Bremen und Nordrhein-Westfalen eine Initiative zur Erhöhung des Spitzensteuersatzes auf eben

diese 49 Prozent, die auch von Hamburg unterstützt wurde. Mit Ausnahme von Rheinland-Pfalz sind dies alles SPD geführte Länder. Nur Berlin sucht man in dieser Liste vergeblich. Dabei hätte Berlin die zusätzlichen Steuereinnahmen sicher dringend nötiger als beispielsweise Baden-Württemberg. Wir können es nicht verstehen, dass die SPD sich nicht einmal für ihre eigenen Parteitagebeschlüsse einsetzt. Es gibt in Berlin, wie die Wahl gezeigt hat, eine breite linke Mehrheit, doch die SPD lässt sich von der CDU ihre Politik diktieren und schadet damit der Stadt. Als LINKE werden wir auch weiterhin die Erhöhung des Spitzensteuersatzes fordern. Wir hoffen, dass die SPD sich beim nächsten Mal an ihre Beschlüsse erinnern kann und im Bundesrat dafür stimmen wird.

Carola Bluhm



Wie bunt ist unsere Stadt Berlin?

14 Prozent der Berliner haben einen ausländischen Pass

Zum 31. Dezember 2011 registrierte das Amt für Statistik Berlin-Brandenburg insgesamt 478.212 EinwohnerInnen mit einer nicht deutschen Staatsangehörigkeit in Berlin. Gegenüber dem vergleichbaren Stand des Vorjahres stieg die Zahl der AusländerInnen damit um 20.406. Der Ausländeranteil beträgt 14,0 Prozent.

Die Anzahl der EinwohnerInnen mit Migrationshintergrund (Deutsche mit Migrationshintergrund, AusländerInnen) stieg in diesem Zeitraum um 30.056 auf 908.188. Damit lag der Anteil der Einwohner mit Migrationshintergrund an allen Einwohnern in Berlin bei 26,5 Prozent. Die AusländerInnen sind in Berlin regional sehr unterschiedlich verteilt. Liegt der Ausländeranteil im Bezirk Mitte bei 27,5 Prozent, so beträgt er in Treptow-Köpenick nur 3,5 Prozent. Beim Vergleich der Ortsteile reicht die Spannweite von 34,5

Prozent im Ortsteil Gesundbrunnen bis zu 0,8 Prozent in der Stadtrandsiedlung Malchow. Die ausländischen BürgerInnen kommen aus insgesamt 184 Staaten. Knapp drei Viertel davon sind Europäer (73,4). Aus asiatischen Ländern stammen 14,4 Prozent, aus Amerika 5,6 Prozent, aus Afrika 3,7 Prozent und aus Australien und Ozeanien kommen 0,5 Prozent der AusländerInnen. Aus den 26 Staaten der europäischen Union waren 166.115 BürgerInnen mit Hauptwohnung in Berlin angemeldet. Fast 16.400 (10,9 Prozent)mehr als vor einem Jahr. Ein größerer Anstieg war vor allem bei den EinwohnerInnen aus Bulgarien, Lettland, Rumänien und Spanien zu verzeichnen. Die größte Gruppe von AusländerInnen in Berlin bilden die BürgerInnen aus der Türkei. Deren Anzahl sank leicht und liegt nun bei rund 103.000. Die Zahl der EinwohnerInnen aus der Türkei, die einen deutschen Pass

Politische Bildung

14. April, 10 Uhr

Karl-Liebknecht-Haus

Revolution oder Reformismus – Entstehung und Entwicklung der Sozialdemokratie im 19. Jahrhundert
Referentin: Dr. Marga Beyer

18. April, 18 Uhr

Karl-Liebknecht-Haus,

geDRUCKtes mit Gesine Lötzsich und Ingo Schulze: **»Handy – Dreizehn Geschichten in alter Manier«**

21. April, 10 Uhr

Treffpunkt: Kameruner Str./Ecke Müllerstr.,

»100 Jahre nach der Gründung des ANC – Das Afrikanische Viertel auf dem Weg zum postkolonialen Lern- und Gedenkort«

mit Christian Kopp und Michael Popp

25. April, 19.30 Uhr

Karl-Liebknecht-Haus,

»Wohnst du noch?«, Herausforderungen und Handlungsmöglichkeiten linker Wohnungspolitik

mit Heidrun Bluhm, MdB; Katrin Lompscher, MdA; Bernd Hunger, GdW

28. April.2012, 10 Uhr

Karl-Liebknecht-Haus

Die Pariser Kommune und die Auswirkungen auf die deutsche Arbeiterbewegung

Referent: Prof. Dr. Heinz Köller

besitzen, stieg gegenüber dem Dezember 2010 leicht an und liegt nun bei rund 176.700. Weitere detaillierte Angaben sind im Internet unter: www.statistik-berlin-brandenburg.de/ Publikationen

Kadiye Karci

Das ist das Letzte

Der Staatsakt im Reichstag war als Wahlakt angekündigt. Gauck sagte mit feuchten Augen, dass es nichts Schöneres gibt als freie Wahlen. Doch dieser Wahlakt wurde zum Zählappell. Die Linke als Oppositionspartei wurde bei der Vorbereitung ausgegrenzt. Die anderen fünf Bundestagsfraktionen bildeten eine Art »Nationale Front« für den konservativen Pastor. Dessen Stimmen wurden vorab auf 90 Prozent geschätzt. Da müsste jeder Freund freier Wahlen abwinken! Dann wurde es aber dennoch spannend, weil DIE LINKE eine Gegenkandidatin aufstellte. Die bekam mit 126 Stimmen mehr Anerkennung als ihre Fraktion bieten konnte. Und die 108 Enthaltungen im Saal sind auch keine Blumen für Gauck, der damit auf 80 Prozent Zustimmung kam.

Von Frau Klarsfeld hatten die meisten Medien nur gemeldet, dass sie einst den Nazi-Aktivistin Kiesinger geohrfeigt hatte, obwohl der Bundeskanzler war. Und dass sie etliche Naziverbrecher vor Gericht brachte. Das empfindet mancher in diesem Land als Ohrfeige. Da kamen nun 126 »Ohrfeigen« hinzu. Frau Klarsfeld zeigte sich durch diese Abstimmung geehrt. Sie hatte gewusst, dass ein Stasi-Jäger hierzulande besser abschneidet als eine Nazi-Jägerin.

Natürlich hat der neue Bundespräsident seine Vorzüge. Er ist ein »begnadeter Redner«, das liebt man in Deutschland. Er findet die Besetzung von Banken und Börsen »albern«, das schätzt man in Finanzkreisen. Er nennt die Banker nicht »Monster«, wie Vorgänger Köhler. Er nennt auch den Islam nicht »zu Deutschland gehörig«, wie Vorgänger Wulff. Er findet Sarazins Buch nicht rassistisch, sondern »mutig«. Er hält Hartz IV für heilsam und Auslandsfeldzüge der Bundeswehr für »nötig«. Das ist Musik in den Ohren der Mächtigen! Bleibt nur zu hoffen, dass er die kleine Wahlfete im Berliner Kaffee Einstein selber bezahlt hat, sonst wird auch dieser Jäger bald zum Gejagten.

Arthur Paul

Impressum:

Bezirksvorstand Berlin-Mitte der Partei DIE LINKE
Geschäftsstelle: Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin, Telefon 24 009 336/204, Fax: 24 009 337
E-Mail-Adresse: info@die-linke-berlin-mitte.de
Internet: www.die-linke-berlin-mitte.de
V.i.S.d.P.: Thilo Urchs
Satz + Druck: Druckerei Bunter Hund, Berlin
 Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Eine Parallelität zwischen grammatischem und natürlichem Geschlecht (Genus und Sexus) besteht nicht. Bezeichnungen mit der Endung -innen werden deshalb nur verwendet, wenn ausschließlich von weiblichen Personen die Rede ist.
Redaktionsschluss: 26.03.2012
Ausgabetermin für Nr. 05/2012 – 03.05.2012

Wetten, dass ...

DIE LINKE. keine 400 Info-Stände gleichzeitig organisieren kann?

Doch! Klaus Jann aus Wülfrath hatte sich bei dieser Wette mit seiner Frau wohl etwas weit aus dem Fenster gelehnt.

Na ja, wie das mit den »innerfamiliären« Wetten so ist. Da muss man dann wohl helfen. Eigentlich kein Grund, aber ein geeigneter Anlass wieder mal vor Ort präsent zu sein. Und so waren am 3. März hunderte Genossinnen und Genossen auf den Straßen und Plätzen des Landes unterwegs, um Informationsmaterial der Partei zu verteilen. Und DIE LINKE. aus Mitte war dabei. Zwölf Stände – immerhin.

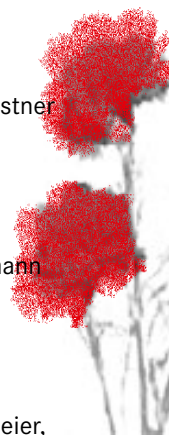
Neben der Verteilung der »mittendrin« wurden bei dieser Gelegenheit in Mitte gleich die ersten 460 Unterschriften für das Volksbegehren zur Rekommunalisierung der Berliner Energieversorgung gesammelt. Vielen Dank an alle, die mitgemacht haben.

T.U.



Wir gratulieren im April zum Geburtstag!

- Zum 91.** Esther Paulus, Werner Wolf
- zum 88.** Ernst Haak, Hans Heilborn
- zum 87.** Elise Esterle, Horst Heß
- zum 86.** Annemarie Branstner
- zum 85.** Walter Dame, Ruth Wenk
- zum 84.** Werner Lemm, Irmgard Lingott, Siegfried Zachmann
- zum 83.** Eva Tägtmeyer
- zum 82.** Erwin Gürnth, Steffi Schuster
- zum 81.** Werner Fidyka
- zum 80.** Hildegard Kiermeier, Brigitte Rohland
- zum 75.** Georg Benada, Reiner Köhler, Wolfgang Zach
- zum 70.** Ursula Schuldt



DIE LINKE. Berlin-Mitte im Internet !

► www.dielinke-berlin-mitte.de
 Aktuelle Informationen des Bezirksverbandes DIE LINKE in Berlin-Mitte sowie die »mittendrin« zum Herunterladen.

DIE LINKE. BVV-Fraktion Berlin-Mitte im Internet !

► www.linksfraktion-berlin-mitte.de
 ► Bezirksverband Mitte – Facebook
 Die Aktivitäten der Fraktion DIE LINKE in der BVV Mitte – immer auf dem neusten Stand.